

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Personalbedarfsplanung am 13.11.2013**

***Beantwortung der offenen Fragen des Geschäftsbereiches des
Oberbürgermeisters und der Geschäftsbereiche I, III, IV und V***

öffentlich

Ort: Christian-Wolff-Haus, Saal, 5. Obergeschoss,
Große Märkerstraße 10,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:10 Uhr bis 18:34 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Roland Hildebrandt	CDU	Vertreter für Hr. Bönisch
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Gottfried Koehn	SPD	Vertreter für Hr. Dr. Wend
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreter für Hr. Wehrich
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Herr Prof. Dr. Dirk Furchert	Verwaltung	
Frau Simona König	Verwaltung	
Herr Steffen Ruppe	Verwaltung	
Frau Andrea Simon	Verwaltung	
Frau Helga Wätzel	Verwaltung	
Frau Martina Götschel	Verwaltung	
Frau Steffi May-Lander	Verwaltung	
Herr Jörg Baus	Verwaltung	
Frau Katharina Brederlow	Verwaltung	
Frau Kerstin Godenrath	Verwaltung	
Frau Anne Timme	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	vertreten durch Hr. Hildebrandt
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	vertreten durch Hr. Koehn
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	kein Vertreter
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	vertreten durch Fr. Krausbeck

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, eröffnete die Sitzung. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es waren 10 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, informierte, dass der Tagesordnungspunkt 5 „Beratung zur Personalbedarfsplanung des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung und Umwelt“ vertagt werden solle. Die Beratung des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung und Umwelt erfolge am 02.12.2013.

Es wurde vorgeschlagen, als TOP 5 die Anfragen an die Geschäftsbereiche aus den vorangegangenen Sitzungen zu behandeln. Diesem Vorschlag wurde seitens der Ausschussmitglieder einstimmig gefolgt.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Beschlussvorlagen
5. Beratung zu Anfragen, 2. Lesung, zu den Geschäftsbereichen OB, I, III, IV und V
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, wies darauf hin, dass es vorgesehen sei, die Beratung des Geschäftsbereiches II, Stadtentwicklung und Umwelt, am 02.12.2013 stattfinden zu lassen und die Abschlussberatung am 04.12.2013.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass die Fraktion DIE LINKE. am 02.12.2013 nicht teilnehmen könne.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte die Ausschussmitglieder, ob der 04.12.2013 als Beratungstermin in Frage stehen würde. Es gab keine Wortmeldungen. Demnach schlug er vor den 04.12.2013 als Beratungstermin für den Geschäftsbereich II, Stadtentwicklung und Umwelt, stattfinden zu lassen und einen neuen Termin für die Abschlussberatung zu finden.

Herr Bürgermeister Geier merkte an, dass die Beratung des Geschäftsbereiches II, Stadtentwicklung und Umwelt, am 02.12. und die Abschlussberatung am 04.12.2013 stattfinden solle, da eine Verknüpfung zu den Sondersitzungen des Finanzausschusses bestehen würde.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, sagte, dass es nicht sinnvoll wäre, einen Beratungstermin festzulegen, an dem eine oder mehrere Fraktionen nicht teilnehmen können. Er schlug vor, die Beratung des Geschäftsbereiches II, Stadtentwicklung und Umwelt, am 04.12.2013 stattfinden zu lassen und einen neuen Termin für die Abschlussberatung zu finden.

Herr Bürgermeister Geier äußerte, dass der Vorschlag von Herrn Krause aufgrund der Terminfolge des Finanzausschusses, mit den Sondersitzungen, und dann mit dem Stadtrat, so nicht durchgeführt werden könne.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., erinnerte, dass es einen Reservetermin für den Finanzausschuss geben würde.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass der 05.12.2013 ein Reservetermin für den Finanzausschuss Sondersitzung Haushalt sei und am 10.12.2013 die reguläre Finanzausschusssitzung für Dezember stattfinden würde.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte, ob die Ausschussmitglieder mit diesem Kompromiss, den Reservetermin des Finanzausschusses am 05.12.2013, für den Ausschuss für Personalbedarfsplanung zu nutzen, einverstanden wären.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass es diesbezüglich formal keine Schwierigkeiten gäbe, da die entsprechende Veröffentlichung schon stattgefunden hätte.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte nach, ob der Ausschuss so verfahren könne, die Beratung des Geschäftsbereiches II, Stadtentwicklung und Umwelt, statt am 02.12. am 04.12.2013 und die Abschlussberatung am 05.12.2013 stattfinden zu lassen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, merkte an, dass man am 04.12.2013 die Beratung des Geschäftsbereiches II, Stadtentwicklung und Umwelt, und die Abschlussberatung verbinden könne, immerhin würden die Beratungen des Finanzausschusses auch sechs Stunden dauern. Er schlug vor, den 05.12.2013 als Zusatztermin zu nutzen.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, erklärte, dass dieses nicht möglich sei, da die Stadträtinnen und Stadträte ein Recht auf die Beantwortung der offenen Fragen hätten.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte die Ausschussmitglieder, ob die Mehrheit bereit sei den Termin für die Beratung des Geschäftsbereiches II, Stadtentwicklung und Umwelt, am 04.12.2013 und für die Abschlussberatung am 05.12.2013 anzusetzen. Die Mehrheit sprach sich dafür aus. Es erfolgten keine Gegenstimmen, somit legte Herr Krause die Termine wie besprochen fest.

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift**

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, informierte, dass die Niederschriften der vorangegangenen Sitzungen vorliegen würden, aber noch nicht gelesen werden konnten. Deshalb schlug er vor, die Niederschriften mitzunehmen und in der nächsten Sitzung zu beschließen. Zudem wies er die Verwaltung daraufhin, dass klar in der Geschäftsordnung verankert sei, dass keine Unterlagen als Tischvorlagen auszuteilen wären, da sich dieses in vergangener Zeit von Seiten der Verwaltung wieder gehäuft hätte.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 **Beratung zu Anfragen, 2. Lesung, zu den Geschäftsbereichen OB, I, III, IV und V**

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, eröffnet die Beratung zu der Beantwortung der offenen Fragen des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters.

Herr Müller, CDU-Fraktion, wies nochmals auf die Aussage des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Wiegand hin, dass bei vorliegenden Bedenken, seitens des Stadtrates oder des Personalrates, keine kw-Setzung vorgenommen werden würde, welche er in der Sitzung am 17.10.2013 (Beratung des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters) geäußert habe.

Herr Misch, CDU-Fraktion, fragte, ob es sinnvoll wäre, zur Abschlussberatung eine Liste vorgelegt zu bekommen, mit dem Inhalt, welche der insgesamt eingereichten kw-Stellen, unter Berücksichtigung dieses Sachverhaltes, noch übrig geblieben wären.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, regte an, den Geschäftsbereich II, Stadtentwicklung und Umwelt, noch zu beraten. Danach sollte ein fraktionsübergreifender Antrag angestrebt werden, der alles beinhalte, denn somit wäre der grundsätzliche Sachverhalt für die meisten kw-Stellen gefasst.

Herr Misch, CDU-Fraktion, merkte an, dass die ablehnende Haltung des Personalrates zu einzelnen kw-Stellen, in der Stärke der Ablehnung, unterschiedlich sei.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, antwortete, dass die Stellungnahme des Personalrates nicht die Meinungsbildung der Stadträtinnen und Stadträte ersetze. Zudem merkte er an, dass er die Aussage des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Wiegand so verstanden hätte, dass die Verwaltung bereit sei, da wo es sich für die Verwaltung, aus der Anmerkung des Personalrates oder aus der Ausschlussdiskussion, erschließen würde, die ein oder andere kw-Setzung zurückzunehmen.

Er wies darauf hin, dass diesbezüglich kein Signal der Verwaltung gekommen wäre. Dies bedeutete für ihn, dass der Ausschuss über die kw-Stellen, die tatsächlich vorlägen, zu entscheiden hätte.

Herr Bürgermeister Geier ergänzte, dass es auch rein formal nicht gehen würde. Da in diesem Prozess Adressat und Empfänger gegenseitig Verwaltungsführung, vertreten durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand und den Stadtrat, als Gremium, seien. Er merkte an, dass es in diesem Ausschuss eine Sondersituation sei, dass man den Personalrat dazu höre. Zudem erklärte er, dass man in diesem Prozedere, auch in der Ableitung aus der Gemeindeordnung, eine Entscheidung nicht von einer Einschätzung des Personalrates abhängig machen könne und insofern bedeute dies, wenn die Verwaltung bei ihrem Vorschlag bliebe, dass man das nur durch entsprechende Änderungsanträge tun könne.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., sagte, dass die Verwaltung ein Änderungsblatt zum Stellenplan einbringen müsse, da es mehrfach deutlich aus den Antworten der Verwaltung hervorgehe, dass Stellen nicht kw-gesetzt werden sollen. Er äußerte, dass die Verwaltung im Stellenplan anmerken müsse, welche kw-Stellen aus dem ursprünglichen Entwurf entfallen würden. Zudem sagte er, dass die Fraktionen keine Änderungsanträge zu stellen hätten, sondern dies müsse die Verwaltung eigenständig tun und diese sollen spätestens zur nächsten Sitzung vorliegen.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, sagte, dass das Änderungsblatt zur Abschlussberatung vorliegen müsse, aber er wies darauf hin, dass es nicht gegeben sei, dass die Fraktionen mit dem Inhalt des Änderungsblattes einverstanden sein würden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., antwortete, dass dies die Vorlage der Stadtverwaltung sei. Er sagte, dass die Verwaltung einen Änderungsvorschlag einbringen müsse und der Stadtrat darüber abstimmen würde.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, merkte an, dass das was letztendlich in diesem Ausschuss beschlossen würde, Gegenstand der Stellenberatung des Finanzausschusses sei.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., sagte, dass die Verwaltung die Korrekturen der kw-Setzungen auf dem Änderungsblatt dokumentieren solle.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, teilte mit, dass die Verwaltung signalisiert hätte, es gäbe keine Änderungen.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., äußerte, dass ein überarbeiteter Stellenplan zur Beratung im Finanzausschuss vorliegen müsse. Er merkte an, dass man hier im Ausschuss miteinander festgestellt hätte, dass ein kw-Vermerk an einer unbesetzten Stelle nicht möglich sei. Er sagte, dass zur Beratung des Stellenplanes ein ordnungsgemäßer Stellenplan vorliegen müsse, mit den von der Verwaltung zu beantragenden kw-Vermerken. Zudem schlug er eine Beschlussempfehlung zu den kw-Vermerken vor.

Herr Prof. Dr. Furchert, amt. Fachbereichsleiter FB Verwaltungsmanagement, bezog sich auf die Aussage von Herrn Dr. Meerheim und sagte, dass es um Stellen ginge, bei denen in der Diskussion festgestellt wurde, dass die Nummern auf den Blättern nicht immer identisch wären, mit den Vermerken im Stellenplan.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., antwortete, dass es nicht um die Nummern gehen würde. Er merkte an, dass die Beantwortungen der ersten fünf Fragen aussagen würden, die angebrachten kw-Vermerke seien zurückzunehmen.

Er wies darauf hin, dass das Korrekturen der Verwaltung seien, da dies der eigens von der Verwaltung eingebrachte Entwurf in den Stadtrat wäre.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, bat darum, dass alle bisher eingebrachten Geschäftsbereiche bis zum 04.12.2013 in diesem Änderungsblatt vorliegen sollen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., bat um Vorlage bis zum 02.12.2013.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, stimmte dem Vorschlag von Herrn Dr. Meerheim zu und legte den 02.12.2013 als Vorlagentermin fest.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, bedankte sich für die allgemeine Diskussion und eröffnete wiederholt die Beratung zu Anfragen aus dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters.

Beratung zu den Anfragen des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters

Herr Müller, CDU-Fraktion, bezog sich auf die generellen Nachfragen von Frau Nagel und ihm in der Sitzung vom 17.10.2013 zum Thema Organisation und wies darauf hin, dass diese Nachfragen von der Verwaltung nicht beantwortet wurden. Demnach stellte er wiederholt die Fragen nach der Bemessungsgröße von Teams und nach der eventuellen Verkleinerung der Hierarchie um Leitungsfunktionen einzuschmelzen zu können.

Herr Prof. Dr. Furchert, amt. Fachbereichsleiter FB Verwaltungsmanagement, antwortete, dass es keine einheitliche Größenvorgabe für die Größe von Teams geben könne, da die Größe der Teams letztlich davon abhängig wäre, inwieweit, unter Beachtung der Komplexität und der Verantwortung, sinnvolle Größen kreiert würden. Insofern würde es keine Normgröße für Teams geben können.

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragte nach, ob eine Straffung des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters möglich sei, da dort die Teams sehr breit aufgestellt seien.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass die Verwaltung die Frage dem Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand vorlegen könne. Zudem merkte er an, dass die Aufteilung des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters der organisatorischen Hoheit des Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand obliegen würde.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, merkte an, dass der Ausschuss zu der Feststellung gekommen sei, dass dieser Sachverhalt zu hinterfragen sei. Er stellte fest, dass der Stadtrat eine andere Vorstellung von Teamgröße hätte.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass die Beantwortungen des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters zwanghaft Änderungen im Stellenplan nach sich ziehen würden. Zudem sprach er für die Beantwortung der Frage 13 die Empfehlung aus, dass die kw-Setzung wegzunehmen sei und gleich in den Änderungsplan für den Stellenplan aufgenommen werden solle.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, sagte, dass er den Hinweis aufnehmen würde und schlug vor, dass wenn der Ausschuss das Prozedere abgeschlossen habe, inklusive der Stellenplanberatung im Finanzausschuss, solle es eine nochmalige Sitzung des Ausschusses geben, damit die Verwaltung anhand einer Präsentation die weitere Verfahrensweise dem Ausschuss vorstellen und gemeinsam darüber diskutieren könne.

Herr Müller, CDU-Fraktion, sagte, dass ihm die Beantwortung der Frage 6 nicht ausreichen würde. Zudem merkte er an, dass er die Aufgabenübertragung des SB Gleichstellung an unterschiedliche Stellen, unter anderem an die Assistenz des Grundsatzreferenten, für nicht sinnvoll hielt und äußerte bezüglich des Vertrauensschutzes seine Bedenken.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, bedenklich hieße nicht, dass es ausgeschlossen sei, dieses so zu organisieren.

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragte, ob der Sachverhalt nochmal rechtlich geprüft werden könne.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, bat die Verwaltung um selbstständige Auskunft.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte nach weiteren Fragen zur Beantwortung des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters. Dies war nicht der Fall, somit schloss er diese Beratung und eröffnete er die Beratung zu den Beantwortungen der offenen Fragen des Geschäftsbereiches I, Finanzen und Verwaltungsmanagement.

Beratung zu den Anfragen des Geschäftsbereiches I, Finanzen und Verwaltungsmanagement

Herr Müller, CDU-Fraktion, merkte an, dass die Beantwortung der Frage 4 nicht konkret genug dargelegt wurde. Er sagte, dass er eine konkretere Darlegung dahingehend erwartet hätte, wann welcher Bereich aufgegeben werden solle.

Herr Bürgermeister Geier teilte mit, dass die inhaltliche Sachlage und Abarbeitung in der Verantwortung des Geschäftsbereich V, Wirtschaft und Wissenschaft, liegen würde. Er informierte, dass an dem Thema gearbeitet werden würde. Zudem sagte er, dass es von der Tendenz her eine absolute Notwendigkeit sei, diese Verwaltungsstandorte zu konzentrieren und mit dieser Maßgabe seien, die im Geschäftsbereich I, vorgeschlagenen kw-Setzungen möglich.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte bezugnehmend auf die Beantwortung der Frage 6, wie hoch in etwa die Prozentzahl der Aufgaben sei, die durch die elektronische Verschickung wegfallen würden. Er merkte an, dass die Fahrer momentan sehr viel ausfahren würden, z. B. für den Stadtrat und für sämtliche andere Leute, demnach könne er sich nicht vorstellen, dass dieses ersatzlos wegfallen könne.

Herr Prof. Dr. Furchert, amt. Fachbereichsleiter FB Verwaltungsmanagement, antwortete, dass mit der Einführung der elektronischen Ratsarbeit der Kurierdienst weitestgehend entfallen könne.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte, ob es tatsächlich nur der Stadtrat wäre oder ob auch andere Kurierdienste für die Stadtverwaltung durchgeführt werden würden.

Herr Prof. Dr. Furchert, amt. Fachbereichsleiter FB Verwaltungsmanagement, antwortete, dass andere Kurierdienste nur in absoluten Ausnahmefällen durchgeführt werden würden. Zudem erklärte er, dass für den innerdienstlichen Kurierdienst die Stadtverwaltung die Stadtwerke gebunden hätte.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte, ob eine Übertragung der übrigen Aufgaben an die Stadtwerke vorgesehen sei.

Herr Prof. Dr. Furchert, amt. Fachbereichsleiter FB Verwaltungsmanagement, antwortete, dass dies eine Möglichkeit sei, ansonsten wäre eine weitere Überlegung die Bindung eines externen Anbieters. Zudem teilte er mit, dass die Verwaltung vorrangig im Stadtkonzern nach Lösungen suchen würde.

Herr Misch, CDU-Fraktion, fragte bezugnehmend auf die Beantwortung der Frage 1, ob die Verwaltung aus Kostengründen auf die Stelle des qualifiziertesten Mitarbeiters ein kw-Vermerk gesetzt hätte. Er merkte an, dass dieser bei einer punktuellen Auftragsvergabe doch eher in der Lage wäre, eine Entscheidung zu treffen, als ein anderer Mitarbeiter der nicht so gut qualifiziert sei.

Herr Bürgermeister Geier, sagte, dass die Antwort öffentlich schwierig sei, da es konkret um Personen ginge. Er erklärte, dass momentan zwei Beschäftigte durch entsprechende Fortbildungsmaßnahmen qualifiziert werden würden, um diese Tätigkeiten übernehmen zu können.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE., sagte, dass das Ausscheidendatum des Stelleninhabers laut Übersicht im Jahr 2045 sei. Sie äußerte zu dem in der Beantwortung aufgeführten Kostenvorteil durch externen Einkauf ihre Bedenken.

Herr Bürgermeister Geier erläuterte, beispielhaft an der Stadt Magdeburg den Kostenvorteil durch externen Einkauf.

Herr Prof. Dr. Furchert, amt. Fachbereichsleiter FB Verwaltungsmanagement, erinnerte, dass man über Stellen spreche und nicht über die Stelleninhaber.

Frau König, Vorsitzende Gesamtpersonalrat, erklärte, bezugnehmend auf die Vorschrift DGUV 2, die erforderliche personelle Besetzung der Arbeitssicherheit und erläuterte, die momentane Stellenbesetzung und die vorgeschriebene Besetzung des Betriebsarztes innerhalb der Stadtverwaltung. Zudem äußerte sie, bezogen auf die gesetzlichen Vorgaben, ihre Bedenken zum externen Einkauf dieser Leistung.

Herr Misch, CDU-Fraktion, sagte, dass man anhand der vorliegenden Unterlagen davon ausgehen könne, dass der Stelleninhaber der qualifizierteste Beschäftigte sei. Er wiederholte seine Bedenken zu dieser kw-Setzung und merkte an, dass wenn der Stelleninhaber eine personalwirtschaftliche Maßnahme annehmen würde, dieser für die Verwaltung der Teuerste sein könne.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass es nicht Aufgabe sei, zwischen Stadtrat und Verwaltung, über die einzelnen Stelleninhaber zu diskutieren.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, stimmte Herrn Bürgermeister Geier zu, dass hier keine Diskussion über die Stellenbewirtschaftung stattfinden könne. Aber er merkte an, dass eine ordnungsgemäße Weiterführung dieser Diskussion, bezogen auf Aufgabenübertragung und Arbeitsverdichtung, einer Diskussion zum Stellenplan im Finanzausschuss entgegenwirken könne.

Herr Müller, CDU-Fraktion, äußerte seine Bedenken zur Kostenkalkulation des externen Einkaufs, da der Stelleninhaber erst im Jahr 2045 regulär ausscheiden würde.

Herr Bürgermeister Geier erläuterte die kw-Setzung dieser Stelle und die Vorteile für den Stelleninhaber.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., äußerte seine Bedenken zu den wahllos gesetzten kw-Vermerken im Stellenplan. Er sagte, dass die Verwaltung eine Aufgabenkritik durchzuführen hätte.

Herr Bürgermeister Geier merkte an, dass es der Verwaltung ins Stammbuch geschrieben sei, einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Er erklärte, dass bei einem Umsteuern im Personalbereich eine gewisse Zeit benötigt würde, bis die finanziellen Auswirkungen zu merken seien. Zudem bat er, in dieser Diskussion auch die Wechselwirkungen zum Gesamthaushalt zu sehen.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, kritisierte, dass, wenn Herr Bürgermeister Geier über Kostenverantwortung rede, er auch die strukturellen Aufwüchse von 150.000 € pro Jahr im engsten Umkreis des Oberbürgermeisters miteinbeziehen müsse.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE., merkte grundsätzlich an, dass eine Gegenrechnung der externen Vergaben zu den Einsparungen von 946.000 € fehlen würde.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, stimmte Frau Nagel zu. Er merkte beziehend auf die Beantwortung der Frage 3 a) an, dass er ein anderes Prozedere aus dem Vergabeausschuss kennen würde. Er fragte, ob der Nachweis zur Tariftreueerklärung des Unternehmens tatsächlich vorliegen würde und bat um eine detaillierte Darstellung in der Abschlussberatung.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, merkte beziehend auf die Beantwortung der Frage 3 b) an, dass es für eine Stadtverwaltung mit über 2000 Mitarbeitern nicht vorstellbar sei, dass keine Schonarbeitsplätze benötigt werden würden. Er äußerte, dass er eine Antwort der Verwaltungsspitze erwarten würde, welche Möglichkeiten es zur Bereitstellung von Schonarbeitsplätzen geben könne.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass es problematisch sei einen Schonarbeitsplatz einzurichten, da die Verwaltung nicht konkret wissen könne, wann dieser benötigt werden würde. Zudem stellte er fest, dass die Verwaltung nicht für jede eintretende Eventualität permanent Personal vorhalten könne.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, merkte an, dass es dabei nicht darum geht, jede Eventualität vorzuhalten, sondern um eine sinnvolle wirtschaftliche Maßnahme.

Herr Prof. Dr. Furchert, amt. Fachbereichsleiter FB Verwaltungsmanagement, antwortete, dass die Verwaltung selbstverständlich ihre Aufgabe als öffentlicher Arbeitgeber wahrnehmen würde. Er sagte, dass, wenn ein Mitarbeiter in Not geraten würde oder in ähnliche Situationen, die Kollegen des Fachbereiches Verwaltungsmanagement gemeinsam, unter Einbeziehung des Personalrates, nach entsprechenden Lösungen für Einzelfragen suchen würden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., wies nochmal auf die Stellenplankorrekturen hin. Außerdem merkte er an, bezogen auf die Beantwortung der Frage 15, dass diese kw-Setzung von der Verwaltung zurückgenommen werden müsse. Er bat die Verwaltung um eigenständige Korrektur, da diese kw-Setzung, unter Berücksichtigung der Verwaltungsantwort, nicht aufrechterhalten werden könne.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass dieses unter Berücksichtigung der Fallzahlenentwicklung nicht von der Hand zu weisen sei, dass es da eine gewisse Erhöhung gäbe. Er erläuterte, dass man schauen müsse, wo sich die Steigerung einpegeln würde, um dann zu entscheiden, wie dieses entsprechend personalwirtschaftlich zu untersetzen sei.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., sagte, dass ihm diese Argumentation nicht ausreichen würde und merkte an, dass es für den Zeitraum von 2011 bis 2013 eine (fast) Vervierfachung der Fallzahlen gegeben hätte.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, merkte an, dass man anhand der vorliegenden Informationen bzw. erstellten Prognosen davon ausgehen müsse, dass die Fallzahlen weiter steigen würden, auch in der Stadt Halle (Saale).

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, merkte an, dass es schwierig sei auf dieser Grundlage zu diskutieren.

Frau Krausbeck, Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, fragte, da sowohl das Thema der Arbeitssicherheit als auch das der Asylbewerberaufnahme, der Kommune bundes- oder landesgesetzlich zugewiesen werden müsse, ob dieses bei den Zuweisungen beachtet werden würde und ob diese, wie vom Gesetzgeber vorgegeben, aufgelistet werden würden, da es zur finanziellen Ausstattung der Kommunen dazu zählen würde.

Frau Krausbeck, Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, fragte, bezogen auf die zukünftige Ausstattung, welche Vorgaben es geben würde.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass die Argumentation von Frau Krausbeck auf das Finanzausgleichsgesetz (FAG) abzielen würde und merkte an, dass nicht alle Themen und Aufgabenstellungen im Finanzausgleichsgesetz abgebildet seien. Er erklärte, dass das Thema Asyl in Sondergesetzen geregelt sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erläuterte den Umgang zu dem Thema Asylbewerberleistungsgesetzfinanzierung aus seinem Bereich.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, merkte an, dass es zudem noch eine Nachfrage zu dem Bearbeitungsschlüssel gäbe.

Herr Baus, Fachbereichsleiter FB Soziales, antwortete, dass die Stadt Magdeburg 120 Fälle pro Mitarbeiter, die Stadt Halle (Saale) 190 Fälle pro Mitarbeiter und der Saalekreis 100 Fälle pro Mitarbeiter zu bearbeiten hätte. Er wies daraufhin, dass es keine Schlüsselvorgabe von der KGSt geben würde.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte, ob es gesetzliche Vorgaben zur Bearbeitung für die Vermittler geben würde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass es Empfehlungen von der KGSt in Zukunft geben solle. Er merkte an, dass zu diesem Thema eine Arbeitsgruppe der KGSt tagen würde, diese sei aber noch nicht zum Abschluss gekommen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, fragte grundsätzlich zur kw-Setzung des Geschäftsbereiches, ob es eine veränderte Vorlage aus dem Geschäftsbereich geben würde. Zudem fragte er, ob es neue Vorschläge zur Zielsetzung der Gesamteinbringung der kw-Stellen geben würde.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass der Geschäftsbereich Antworten zu den von der Verwaltung vorgeschlagenen kw-Stellen geliefert hätte und entsprechende Änderungen seien nicht vorgesehen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., wies beziehungsweise auf die Beantwortung der Frage 17 hin, dass die kw-Setzung rausgenommen werden müsse, da die Organisationsuntersuchung erst im 1. Quartal 2014 stattfinden solle. Er merkte an, dass die Änderung von der Verwaltung auszubringen sei.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass die Beantwortung der Frage 8 keine Aussagekraft beinhalten würde.

Herr Prof. Dr. Furchert, amt. Fachbereichsleiter FB Verwaltungsmanagement, antwortete, dass die unbesetzte Stelle im Durchschnittskosten IST und die zweite Stelle im tatsächlichen IST geplant seien.

Frau Krausbeck, Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, fragte beziehungsweise auf die Beantwortung der Frage 7, wann dem Finanzausschuss das Mobilitätskonzept vorgelegt werden würde.

Herr Bürgermeister Geier, antwortete, dass das Konzept voraussichtlich im 1. Quartal 2014 vorgelegt werden solle.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, beendete die Beratung des Geschäftsbereiches I, Finanzen und Verwaltungsmanagement, und eröffnete die Beratung des Geschäftsbereiches III, Kultur und Sport.

Beratung zu den Anfragen des Geschäftsbereiches III, Kultur und Sport

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, merkte an, dass die Aussagen der Beantwortungen zu den Fragen 1 und 3 wären, dass die kw-Stellen nicht kw setzbar seien. Er wies auf die Überstundenproblematik in diesem Bereich hin.

Herr Müller, CDU-Fraktion, äußerte beziehungsweise auf die Beantwortung der Frage 3, dass er sich nicht vorstellen könne, dass keine Synergieeffekte in der Bewirtschaftung städtischer Sporteinrichtungen erreicht werden können.

Herr Dr. Prochnow, Leiter Fachbereich Sport, merkte an, dass die Umsetzung schwierig sei und erläuterte die Aufgaben der Platzwarte und Hallenwarte. Zudem äußerte er, dass sich ein Konzept in Bearbeitung befände und der Prozess zunächst anlaufen müsse, um weiteres Optimierungspotential ersichtlich zu machen. Jedoch nehme er die Anregung auf und werde dies entsprechend prüfen.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, beendete die Beratung des Geschäftsbereiches III (Kultur und Sport) und eröffnete die Beratung des Geschäftsbereiches IV (Bildung und Soziales).

Beratung zu den Anfragen des Geschäftsbereiches IV, Bildung und Soziales

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte beziehungsweise auf die Frage 4, ob die Verwaltung dort Stellenkorrekturen vornehmen würde und aus den kw-Stellen Stellenstreichungen fertigen würde.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, merkte an, bezogen auf Frage 5, dass anhand der vorliegenden Zahlen der Trend eher in die Richtung eines Mehrbedarfes gehen würde und die kw-Setzung zurückzunehmen sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erläuterte die vorgenommene kw-Setzung im Bereich Soziales.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., fragte vor dem Hintergrund, dass die Problematik der Teilzeitzunahme allgemein diskutiert worden wäre, warum in diesem Bereich keine Veränderung der Stellenentwicklung vorgenommen worden sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass im Rahmen der Personalbewirtschaftung schon einiges getan wurde.

Frau Götschel, Organisatorin, erklärte den Anstieg der Fallzahlen im Bereich und erläuterte die personelle Besetzung.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, fragte, ob die Verwaltung eine Anpassung des Personals in den vergangenen Jahren durchgeführt hätte.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass immer eine entsprechende Anpassung des Personals vollzogen worden sei.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte in Bezug auf die Beantwortung der Frage 6, welche konkrete Lösung für die Betreuung vorgesehen sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erläuterte die Unterbringungsmöglichkeiten für Berufsschüler. Er sagte, dass der Bereich in einer konzeptionellen Entwicklung für die Lösung der Unterbringung von minderjährigen Berufsschülern sowie zu der entsprechenden Regelung der dezentralen Begleitung von volljährigen Berufsschülern sei.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte, bezogen auf die Beantwortung der Frage 11, ob der Bereich die Fallzahlenentwicklung einzeln ausweisen könne. Zudem fragte er, ob in diesem Bereich eine Mehrbelastung sei.

Frau Brederlow, amt. Fachbereichsleiterin FB Bildung, antwortete, dass die Fallzahlen deutlich angestiegen seien.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte, ob es gesetzliche Vorgaben geben würde.

Frau Brederlow, amt. Fachbereichsleiterin FB Bildung, sagte, dass es in diesem Bereich interne Vorgaben geben würde, da es bundesweit unterschiedlich organisiert sei. Sie merkte an, dass, anhand der Beteiligung des Geschäftsbereiches am Benchmark der Firma Consens, deutlich geworden sei, dass die Fallzahlbelastung der Stadt Halle (Saale) deutlich höher sei als in anderen Städten.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, wies daraufhin, dass die Mitarbeiter seines Bereiches über die doppelte Größe an Finanzen entscheiden müssten als in anderen Bereichen.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte, ob demnach der Geschäftsbereich einen Mehrbedarf anmelden müsse.

Frau Brederlow, amt. Fachbereichsleiterin FB Bildung, sagte, dass für diesen Bereich eine externe Untersuchung zu Organisationsabläufen geplant sei. Sie fügte hinzu, dass die Untersuchung ab März 2014 beginnen solle.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte, ob die Verwaltung in der Lage sei, bis zur Stellenplanberatung im Finanzausschuss den Stadträten konkret sagen zu können, was für das Jahr 2014 nötig sei. Er merkte an, dass sich immer wieder ein Mehrbedarf darstellen würde.

Frau Brederlow, amt. Fachbereichsleiterin FB Bildung, antwortete, dass aus diesem Grunde die externe Untersuchung durchgeführt werden würde. Zudem sagte sie, dass geprüft werden müsse, inwieweit Organisationsstrukturen und Abläufe optimiert werden können.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte, wie hoch der Krankenstand im Bereich Bildung sei.

Frau Brederlow, amt. Fachbereichsleiterin FB Bildung, antwortete, dass der Krankenstand im Bereich „Sozialer Dienste“ bei 8 % liegen würde.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte, ob in diesem Bereich 24 h gearbeitet werden müsse.

Frau Brederlow, amt. Fachbereichsleiterin FB Bildung, antwortete dass dies momentan nicht der Fall sei. Sie merkte an, dass dort eine Umorganisation stattfinden solle, welche auch Bestandteil der Organisationsuntersuchung sein soll.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, bat um eine Darstellung des Sachstandes.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE., fragte, da die Kinderzahlen perspektivisch zurückgehen würden, ob der Geschäftsbereich eine Prognose wagen würde, wie sich dieses auf die HzE-Fälle auswirken würde. Außerdem fragte er, ob man eventuell durch mehr Personal im HzE-Bereich bei der Auswahl der Hilfen zu differenzierteren Hilfen kommen würde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erläuterte bezugnehmend auf den HzE-Bereich die demografische Entwicklung anhand des Armutsfaktor der Stadt Halle.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, stellte fest, dass der Geschäftsbereich bei dieser hohen Fallzahlenentwicklung schon erkennen könne, dass das momentan vorhandene Personal für das Jahr 2014 nicht ausreichen würde.

Frau Brederlow, amt. Fachbereichsleiterin FB Bildung, antwortete, dass mit einen relevanten Kinderzahlenrückgang erst ab 2018, anhand der demografischen Entwicklung, zu rechnen sei. Zudem merkte sie an, dass ein relativ hohes Niveau bis 2025 bestehen bleiben würde. Sie sagte, dass bundesweite Erfahrungen zeigen würden, dass die HzE-Zahlen nicht parallel zu dem Bevölkerungsentwicklungszahlen tatsächlich sinken würden. Sie sagte, dass dieses auch mit Gesetzesänderungen zusammenhängen würde, denn gerade in diesen Bereichen sei in den letzten Jahren eine ganze Menge an Aufgaben dazugekommen.

Frau Brederlow, amt. Fachbereichsleiterin FB Bildung, antwortete auf die Frage von Herrn Krause, dass der Fachbereich in diesem Jahr schon gegengesteuert hätte, da man zwei Stellen aus dem Fachbereich umgewandelt hätte und eine Umsetzung in den allgemeinen Sozialen Dienst erfolgt sei.

Herr Misch, CDU-Fraktion, merkte an, dass diese Beantwortung der Frage 7 sehr allgemein gehalten sei und bat um eine konkretere Beantwortung.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE., ergänzte, dass die Beantwortung der Frage 8 b ebenso allgemein gehalten sei und die eigentliche Frage nicht beantwortet worden wäre.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, sagte bezugnehmend auf die mangelhafte Beantwortung einiger Fragen, dass die Stadträtinnen und Stadträte sich eine Meinung über die in dem Ausschuss vorgelegten Unterlagen bilden müssen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., ergänzte zu der Frage 8, dass die Verwaltung zwar die Bemessungsgrundlage der Schulsekretärinnen aufgeschrieben hätte, aber die rechnerische Darstellung der eigenen Vorschläge nicht dargelegt hätte. Somit sei nicht zu erkennen, ob diese mit den vorgeschlagenen Stellenplan und den kw-Setzungen übereinstimme.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, sagte beziehend auf die Beantwortung der Frage 10, dass das Konzept zum Schülerticket den Fraktionen von der HAVAG erläutert wurde. Sie merkte an, dass das Konzept zum Schülerticket, ihres Erachtens nach, nichts mit der Schülerbeförderungssatzung zu tun hätte. Demnach sagte sie, dass eine darauf bezogene Begründung für die kw-Setzung nicht sein könne.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass das Thema Schülerticket sich momentan im Verwaltungsablauf befinden würde.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, wies daraufhin, dass in der Beantwortung die Erarbeitung eines Konzeptes zum Schülerticket stehen würde. Sie fragte, ob die Schülerticketvergabe auf die HAVAG übertragen werden solle.

Herr Bürgermeister Geier, erklärte, dass die HAVAG momentan ein Konzept hätte, in welchem verschiedene Dinge neu aufgestellt werden würden. Er teilte mit, dass im Vergleich zu der Stadt Leipzig, in welcher 84 % der Schüler das Ticket nutzen, die Stadt Halle nur auf 46 % der Schüler kommen würde. Er äußerte, dass zur Verkaufsförderung etwas unternommen werden müsse und ein dementsprechender Impuls würde von der HAVAG kommen.

Frau Krausbeck, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, fragte, ob die Aufgabe in der Verwaltung komplett wegfallen würde.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass die Aufgabe nicht komplett wegfallen würde.

Er merkte allgemein zum Geschäftsbereich IV, Bildung und Soziales, an, dass die gutachterliche Einschätzung von außen, zum Personalbedarf, seine Unterstützung und Zustimmung finden würde, da es sehr viele gesetzliche Änderungen geben würde, die sich inhaltlich auswirken würden. Zudem sagte er, dass es schwierig sei durch ständig wechselnde Fallzahlen eine vernünftige Einschätzung zu treffen. Er merkte an, dass verlässlichere Zahlen wünschenswert gewesen wären, damit jemand der nicht aus dem Bereich Kinder- und Jugendarbeit kommen würde, in der Steuerung damit etwas anfangen könne. Er äußerte, dass dies für ihn ein Hauptkriterium gewesen sei, für den Geschäftsbereich IV, Bildung und Soziales, eine externe Organisationsuntersuchung vorzuschlagen.

Herr Bürgermeister Geier merkte des Weiteren beziehend auf die Aussage von Frau Brederlow, dass es im Moment trotz schwieriger Rahmenbedingungen möglich sei, im vernünftigen Dialog mit der Personalverwaltung, relativ unkompliziert externe Stellenausschreibungen vornehmen zu können und dadurch zügig zu Stellenbesetzungen zu kommen, an, dass es unter Umständen in dieser Form für die gesamte Verwaltung nicht mehr möglich sein könne, wenn die Frage der Personalkosten nicht insgesamt im Griff behalten werden würde. Er wies daraufhin, dass die Verwaltung die Verpflichtung hätte, die Rahmenbedingungen dafür zu halten und zu schaffen, damit es so bleiben könne. Er sagte, dass dies nicht möglich sei, wenn der Verwaltung die Kosten für den Personalbereich davonlaufen würden.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, fragte, welche Stellenbesetzungssperre die Personalverwaltung für den 2013 Stellenplan gemacht hätte. In diesem Zusammenhang wies Herr Krause auf dem Brief zu diesem Thema des Stadtrates hin.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass man bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt sehr schnell bei personalwirtschaftlichen Maßnahmen sei. Zudem sagte er, wenn man sich vergangene Einschätzungen der Kommunalaufsicht anschauen würde, dann seien dies auch Punkte die in Erwägung zu ziehen seien. Er merkte an, dass man dies verhindern wolle, aber dafür müsse man insgesamt etwas tun.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, merkte an, dass man hier verschiedenen Sichtweisen auf verschiedene Situationen hätte.

Frau Krausbeck, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, merkte an, dass es Gesetzesänderungen gegeben hätte, die zu einer Aufgabenerweiterung geführt hätten, die man dann eben politisch entsprechend transportieren müsse.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte beziehend auf die Frage 12, wie die Verwaltung mit der Stellungnahme des Hr. Dr. Fischer umgehen werde, da diese einer kw-Setzung widersprechen würde.

Frau König, Vorsitzende Gesamtpersonalrat, sagte dass dem Personalrat im Nachgang eine Überlastungssituation angezeigt wurde, in Bezug auf die Betreuungsbehörde. Sie erläuterte den akuten Personalnotstand.

Frau Götschel, Organisatorin, erläuterte die momentane Personalsituation und führte den Vergleich zu Magdeburg auf.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, beendete die Beratung des Geschäftsbereiches IV (Bildung und Soziales) und eröffnete die Beratung des Geschäftsbereiches V (Wirtschaft und Wissenschaft).

Beratung zu den Anfragen des Geschäftsbereiches V, Wirtschaft und Wissenschaft

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, merkte generell zum Geschäftsbereich V an, dass die Beantwortungen der gestellten Fragen die Vermutung des Stadtrates bestätigen würden. Er sagte, dass bei der kw-Stellensetzung kein Signal aus dem Fachbereich heraus in Richtung Wirtschaft und Akteure ausgesendet werden solle, dass die Stadt dort irgendwo reduzieren oder abbauen würde. Er merkte an, dass in diesem Bereich verstärkte Betreuung benötigt würde.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, beendete die Beratung des Geschäftsbereiches V, Wirtschaft und Wissenschaft.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 8 **Mitteilungen**

Herr Bürgermeister Geier, wies daraufhin, dass vom Oberbürgermeister beabsichtigt sei, Änderungsanträge zu den eingereichten kw-Stellen der Stadtverwaltung, einzeln im Stadtrat, zu erörtern und abstimmen zu lassen.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, sagte, dass es keine einzelnen Änderungsanträge geben würde. Er wies daraufhin, dass der Beschluss des Ausschusses für Personalbedarfsplanung nicht zuerst in den Stadtrat eingehen würde, sondern erst als Beschlussempfehlung in den Finanzausschuss zur Stellenplanberatung.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., bat um Darstellung, wie viele Mitarbeiter ein personalwirtschaftliches Modell in Anspruch nehmen wollen. Hierin solle unterteilt werden, wie viele Mitarbeiter sich für welches Modell entschieden haben und wie viele Mitarbeiter hiervon eine Stelle mit kw-Vermerk innehaben.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, legte als Stichtag für die Zuarbeit den 28. November 2013 fest.

Frau König, Vorsitzende Gesamtpersonalrat, erläuterte die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Personalvertretung und bedankte sich bei den Vertretern des Ausschusses, dass die Anmerkungen des Personalrates angehört wurden.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, wies nochmal auf die Anfangszeiten der nächsten Sitzungen am 04.12.2013, 14:00 Uhr und am 05.12.2013, 16:30 Uhr hin. Er beendete die Sitzung.

zu 9 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Es wurden keine mündlichen Anfragen gestellt.

zu 10 **Anregungen**

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Für die Richtigkeit:

Datum: 04.11.14

Egbert Geier
Bürgermeister

Johannes Krause
Ausschussvorsitzender

Anne Timme
Protokollführerin